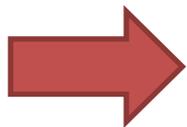




„Anforderungen an ein sozialdemokratisches Rentenkonzept“

Wie die Alterssicherung zum Armutrisiko wurde:

- Kontinuierliche Absenkung des Rentenniveaus
- Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse
& sinkende Reallöhne
- Zunahme brüchiger Erwerbsbiografien



drohende Altersarmut

Paradigmenwechsel in der Rentenversicherung seit 2000

- Seit 2000 wurde auch der Rentenbeitrag dem Ziel der Senkung der Lohnnebenkosten untergeordnet. Neues Ziel der Rentenpolitik wurde die Beitragsstabilität: Im Jahr 2030 soll der Rentenversicherungsbeitrag nicht über 22 Prozent betragen. Damit wird zugleich in Kauf genommen, dass das Rentenniveau bis 2030 auf 43% sinkt.

 Damit wurde das Ziel der Lebensstandardsicherung für die gesetzliche Rentenversicherung aufgegeben!

Paradigmenwechsel in der Rentenversicherung seit 2000

- Lebensstandardsicherung soll seither durch die drei Säulen aus gesetzlicher Rentenversicherung, der sogenannten Riester-Rente und einer betrieblichen Alterssicherung erreicht werden.
- Damit wurde die paritätische Finanzierung der Rentenversicherung aufgegeben. Die private, kapitalgedeckte Zusatzsicherung entlastet die ArbeitgeberInnen und belastet ausschließlich die ArbeitnehmerInnen.

Folge: Drastische Absenkung des Rentenniveaus

- Die Ausrichtung auf das alleinige Ziel der Beitragsstabilität erfolgte um den Preis einer drastischen Absenkung der künftigen Rentenleistungen auf zunächst 58,5 Prozent und durch das Alterseinkünftegesetz von 2005 auf 52,5 Prozent.
- Das Rentenniveau liegt heute bei ca. 51 Prozent und soll bis 2030 auf 43 Prozent sinken.

Rente mit 67: Weitere Absenkung des Rentenniveaus

- Die Rente mit 67 ist eine verdeckte Rentenkürzung, da schon heute ein Großteil der Beschäftigten nicht das gesetzliche Renteneintrittsalter erreicht und stärkere Abschläge bei der Rente die direkte Folge sind.
- Im Frühjahr 2011 waren nicht mehr als 26,4 Prozent der 60- bis 64-Jährigen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
- Bei den 63-Jährigen beträgt die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 12 Prozent und bei den 64-Jährigen ganze 5,7 Prozent.

Wirkungsweise der Rente mit 67

- Ab 2012 erhöhen sich die Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung stufenweise bis zum Jahr 2029

Versicherte Geburtsjahr	Anhebung um Monate	auf das Alter	
		Jahr	Monate
1947	1	65	1
1948	2	65	2
1949	3	65	3
1950	4	65	4
1951	5	65	5
1952	6	65	6
1953	7	65	7
1954	8	65	8
1955	9	65	9
1956	10	65	10
1957	11	65	11
1958	12	66	0
1959	14	66	2
1960	16	66	4
1961	18	66	6
1962	20	66	8
1963	22	66	10
1964	24	67	0

Die Rentenpolitik der SPD

- Durch ihre Rentenpolitik hat die SPD massiv an **Glaubwürdigkeit** eingebüßt. Auch deshalb ist das SPD-Rentenkonzept, das in diesem Jahr noch beschlossen werden soll, von großer Bedeutung.
- Die SPD muss ein Rentenkonzept vorlegen, welches die Veränderungen im Erwerbsleben aufgreift und sich am **Ziel der Lebensstandardsicherung** orientiert. Die Rentenhöhe gibt auch einen Aufschluss darüber, welchen Wert wir der lebenslangen Arbeitsleistung eines Menschen in unserer Gesellschaft beimessen.
- Darüber hinaus muss eine sozialdemokratische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik dafür sorgen, dass jeder und jede von seiner Arbeit gut leben kann.

Bisherige Beschlusslagen der SPD in der Rentenpolitik (1)

Kernaussagen Beschluss Bundesparteitag 2009:

- Absicht die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung/Erwerbstätigenversicherung mit Orientierung an der Lebensstandardsicherung und Mindestrente weiterzuentwickeln
- Auftrag an den Parteivorstand: Erarbeitung eines modernen und sozialdemokratischen Alterssicherungskonzeptes

Bisherige Beschlusslagen der SPD in der Rentenpolitik (2)

Kernaussagen Leitantrag auf dem Bundesparteitag 2011:

- Aussetzung der Anhebung des Renteneintrittsalters
 - Schaffung flexibler Übergänge in die Rente und Teilrente
 - Abschaffung der rentenrechtlichen Abschläge auf die Erwerbsminderungsrente
 - Ziel der Beitragssatzstabilität
 - Aber auch Ziel der Lebensstandardsicherung
-  Einsetzung einer Rentenkommission

Bisherige Beschlusslagen der SPD in der Rentenpolitik (3)

Forderung der Arbeitsgemeinschaften auf dem
Bundesparteitag 2011 (an Kommission verwiesen):

**Rentensicherungsniveau am Ziel der
Lebensstandardsicherung orientieren!**



Korrektur der Rentenanpassungsformel mit dem
Ziel, dass das heutige Sicherungsniveau der
gesetzlichen Rente auch in Zukunft gehalten wird.

Impuls: Rentenkonzept des DGB

- Kernforderung: langsame und schrittweise Erhöhung des Beitragssatzes
 - Einsatz der dadurch gewonnenen Mittel, um die Rücklagen der Rentenversicherung zu einer Demografie-Reserve auszubauen
- ➔ Stabilisierung des Rentenniveaus auch für die Zukunft auf dem heutigen Stand & Leistungsverbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente



Anforderungen des Forum DL21 an ein SPD-Rentenkonzept

- Lebensstandardsicherung muss in der gesetzlichen Rentenversicherung solidarisch abgesichert sein!
- Kein weiterer Ausbau eines kapitalgedeckten Systems!
- Aussetzung der Rente mit 67!



Wichtige Punkte aus dem Beschluss des Parteivorstandes vom 24.9.2012

1. Abschlagsfreier Zugang zur Rente nach 45 Versicherungsjahren

→ Betrifft nur einen Teil der Erwerbstätigen da insbesondere Frauen bis zum 63. Lebensjahr nicht auf 45 Versicherungsjahre kommen

Wichtige Punkte aus dem Beschluss des Parteivorstandes vom 24.9.2012

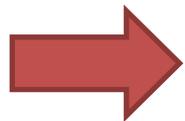
2. Ausweitung der Betriebsrenten, um den Lebensstandard zu sichern

- Damit wird akzeptiert, dass die GRV nicht zur Lebensstandardsicherung ausreicht; dazu sei private Vorsorge oder Ausbau der Betriebsrenten erforderlich
- Aber: Betriebsrenten können nur von wenigen Erwerbstätigen genutzt werden, weniger als 10% der Frauen haben Anspruch auf Betriebsrenten

Wichtige Punkte aus dem Beschluss des Parteivorstandes vom 24.9.2012

3. Rentenniveau

Frage des Rentenniveaus aus Beschluss ausgeklammert,
Entscheidung erfolgt auf Parteikonvent am 24.11.12



Nur mit der Beibehaltung des Rentenniveaus
von mindestens 50% ist eine
Lebensstandardsicherung im Alter möglich!



**Wir brauchen ein Rentenkonzept, mit dem wir im
Bundestagswahlkampf als Partei überzeugen, die
glaubwürdig für soziale Gerechtigkeit eintritt!**